

Protokoll der Sitzung des Behindertenbeirates 16.03.2017

Zeit	17:00- 19:25
Ort	Großer Rathaussaal, Rathaus
Anwesend	Heike Unterrainer, Martin Bismor, Ulrich Strobel, Ulli Perl, Jens Sartor, Wolfgang Jutz, Monika Berger, Wolf Buchmann, Christa Kruchten – Pulm, Gerd Dahm, Ilse Engel-Tizian, Sascha Colmy, Alfred Jung, Manfred Schuster, Norbert Herres, Dorothe Richardt, Thomas Ehlenz, Bernd Jäger, Karsten Bujara, Theresia Görgen, Jaqueline Schneider , Angelika Birk, Michael Prostack, H.-W- Meyer, Wolfgang Enderle, Lambert Norta, Marlene Reusch- Lamacz, Klaus Isenbruck, Uta Hemmerich- Bukowski
Entschuldigt	Margret Pfeiffer Erdel, Nancy Poser, Lydia Schäffer, Adam Cebula, Audrey Müller- Oehring,
Protokoll	Heike Unterrainer

Herr Dahm	<ul style="list-style-type: none"> Begrüßung von Matthias Rösch durch Herrn Dahm und Vorstellung der Tagesordnung 		
Matthias Rösch	<p>Matthias Rösch berichtet über aktuelle Themen bei seiner Arbeit als Landesbehindertenbeauftragter. Die aktuellen Themen sind :</p> <ul style="list-style-type: none"> Das Bundesteilhabegesetz <p>Um die Ausgestaltung des Gesetzes wurde im Jahr 2016 erbittert gerungen. Ein erster Gesetzesentwurf löste eine große Protestwelle bei Menschen mit Behinderung und auch bei Sozialverbänden aus. Im Dezember wurde das Gesetz mit den erkämpften Änderungen beschlossen. Das Gesetz umfasst fast 400 Seiten und viele Themen. Herr Rösch hat die Informationen dazu in einer Power-Point Präsentation zusammengefasst und vorgetragen. Diese Präsentation wird dem Protokoll beigefügt.</p> <p>Die wichtigste Frage hierzu ist, wer Träger der Eingliederungshilfe wird.</p> <ul style="list-style-type: none"> In RLP gibt es geteilte Zuständigkeiten: <p>Der stationäre/ teilstationäre Bereich ist auf der Landesebene geregelt. Die Bescheide kommen von den Kommunen. Der ambulante Bereich ist in Zuständigkeit der Kommunen und 50% des Landes.</p> <p>Dadurch kommt es zu Unterschieden in der Bedarf Feststellung und der Wahl der Dienste.</p> <p>2020 sollen die neuen Regelungen des STG 9 Teil 2 eintreten. Vorher sollten Vereinbarungen getroffen</p>		

werden.

Es gibt einen Rechtsanspruch, dass Behindertenverbände gefragt werden müssen. 2018 soll das Gesetz fertig sein.

- Wichtiger Punkt ist die unabhängige Beratung. Menschen mit Behinderung sollen nicht nur vom Amt beraten werden. Außerdem soll es freie Beratungsstellen geben, die nicht zu den Ämtern gehören. In RLP sollen ca. 35 neue Stellen geschaffen und bezahlt werden. Bund und Länder entscheiden dabei gemeinsam. Der Bund gibt Gelder. Ab Mai soll es Richtlinien geben, wie die Antragstellung auszusehen hat. Die Verbände haben dabei kein Vetorecht aber aktive Einwirkung mit Vorschlägen. Eine zentrale Anlaufstelle wird dringend benötigt. Die Anfragen an die Geschäftsstelle zeigen, dass es einen erheblichen Beratungsbedarf für Menschen mit Behinderung gibt.
- Es besteht weiterhin ein Kostenvorbehalt für ambulante Versorgung oder die Möglichkeit Leistungen für verschiedene Betroffene zusammenzulegen, zu "poolen". Damit könnten Menschen mit Behinderung, die zusammenleben, genötigt werden, sich eine Assistenzleistung zu teilen, sofern das zumutbar sei.
- Der Freibetrag für Erwerbseinkommen wurde um bis zu 260 Euro monatlich und für Barvermögen von 2.600 auf 27.600 Euro erhöht. Ab 2020 soll dann die Barvermögensfreigrenze rund 50.000 Euro betragen.
- Der öffentliche Lohnzuschuss, das sogenannte Arbeitsförderungsgeld, für die ca. 300.000 Beschäftigten in den Werkstätten für Menschen mit Behinderung wurde von zuvor 26 Euro auf 52 Euro monatlich verdoppelt. Außerdem wurden die Mitwirkungsmöglichkeiten von Menschen mit Behinderungen in den Werkstätten verbessert.
- Die Rechte der ehrenamtlichen Schwerbehindertenvertreter in Betrieben wurden gestärkt.
- Einige Veränderungen beim Schwerbehindertenausweis treten in Kraft. Unter anderem wird erstmals ein eigenes Kennzeichen für Taubblinde eingeführt, das den Anspruch auf Unterstützungsleistungen für diese Personengruppe regelt.
- Ab 2020 . Aus dem Budget für Arbeit können Arbeitgeber künftig einen Lohnkostenzuschuss von bis zu 75 Prozent für die Beschäftigung eines Schwerbehinderten erhalten.

Frau Birk:“ Die Kommunen wissen nicht alles was sich im Land tut. Wichtig ist es Mitarbeiter zu schulen und ein Forum für Verbände und Beiräte mit Sozial- und Jugendämtern einzurichten, an einem Tisch.“

Informationen zur Stärkung der Inklusion behinderter Menschen und Vorschläge zur Novellierung des Gesetzes unter www.inklusionrlp.de

	<ul style="list-style-type: none"> Herr Rösch berichtet über die Partnerschaft von RLP und Ruanda. Vor zwei Jahren entstand eine Grundsatz-Vereinbarung über die weitere Zusammenarbeit zwischen Ruanda und Rheinland-Pfalz im Bereich der Menschen mit Behinderung. Im Fokus stehen der Erfahrungsaustausch zur Inklusion im schulischen Bereich und die Stärkung der Interessenvertretung der Menschen mit Behinderungen. Der Zugang zur Grenze sollte verbessert werden und der Markt in Afrika erschlossen und Partner gefunden werden um Projekte zu unterstützen. Z.B. ein Rollstuhl der mitwächst. 		
Uta Hemmerich-Bukowski	<ul style="list-style-type: none"> Der Aktionsplan Inklusion wurde vom Stadtrat beschlossen. Jetzt hat die Verwaltung einen Handlungsplan vorgelegt. Es wurden 59 Maßnahmen ausgewählt, welche in den kommenden 2 Jahren umgesetzt werden, bzw. mit deren Umsetzung begonnen werden soll. Die Verwaltung hat die Maßnahmen zügig verfasst und abgegeben. Die Maßnahmen umfassen alle Handlungsfelder des Aktionsplans. Der Stadtrat hat die Handlungsempfehlungen entgegen genommen. Die Maßnahmen sind leicht oder auch schwerer zu realisieren. Die zuständigen Fachämter haben teilweise eine Kostenschätzung gemacht. Teile der Maßnahmen werden vom Inklusionsfond gezahlt andere werden bezuschusst. Der Steuerungsausschuss prüft Ende des Jahres was erreicht wurde und dann wird neu bewertet. Der Aktionsplan wurde auch in leichter Sprache geschrieben. Er ist dünner und es wurden zwar alle Handlungsfelder dargestellt, jedoch nicht alle Maßnahmen. Das wären zu viele geworden. Frau Hemmerich- Bukowski hat einige Exemplare mitgebracht. Auch im Internet kann man den Aktionsplan in leichter Sprache finden unter: www.trier.de/inklusion Die Stadt hat unter anderem die Absicht ein vorbildlicher Arbeitgeber zu werden. Es wird eine Integrationsvereinbarung abgeschlossen um die Quote der behinderten Arbeitnehmer zu erhöhen. Es werden vereinfachte Ausbildungen angeboten. Die Schulen sollen barrierefrei werden. Dafür soll es eine Stelle im Schulamt und ½ Stelle im Jugendamt geben. Eltern sollen beraten werden und es soll eine Plattform für Materialien für den Unterricht aufgebaut werden. An den Schulen sollen Querungshilfen für Schulkinder ausgebaut werden. 		
Klaudia Klaus höhl	<ul style="list-style-type: none"> Klaudia Klaus Höhl stellt die Veranstaltung zum Europäischen Protesttag am 5. Mai vor. Schon die letzten Jahre haben der Club Aktiv und der Behindertenbeirat beim In- 		

	<p>klusionsgespräch zusammen gearbeitet. Ursprünglich war die Veranstaltung ein Austausch von Bürgern.</p> <p>In den letzten 2 Jahren wurde die Veranstaltung zum Protest genutzt. Nun soll geprüft werden, ob dieses Format heutzutage noch passt.</p> <p>In den letzten Jahren ist mit einigem Engagement viel passiert. Es gibt aber auch große Besorgnis und das Gefühl, dass die Sorgen nicht beachtet werden.</p> <p>Am 16.Mai soll dieses Jahr die Veranstaltung unter dem Motto „ lebst du noch oder wohnst du nur?“ Im Schammatdorf stattfinden. Es geht um das Wunsch und Wahlrecht beim Wohnen und um das „poolen“ von Assistenz.</p> <p>Dieses Jahr soll die Veranstaltung zum ersten Mal in leichter Sprache stattfinden.</p>		
	<ul style="list-style-type: none"> • Stellungnahme Nelson Mandela Schule -Dislozierung Es gibt Überlegungen das Gebäudes der Robert Schumann Realschule durch die Nelson Mandela Schule und das HGT zu nutzen. Dazu hat Herr Dahm und auch die AG Bildung eine Stellungnahme abgegeben um das hin- und herpendeln der Schüler von einer Schule zur nächsten zu verhindern. Die ADD hat wegen der Ablehnung von der Nutzung durch die Nelson Mandela abgesehen. 		
Berichte und Mitteilungen	<ul style="list-style-type: none"> • Stellungnahme Castelnau II Das Tiefbauamt plant eine Erschließungsstraße und untergeordnete Wohnstraßen mit einem durchgehenden Bordstein, der 6 cm betragen soll in der 30er Zone. Dadurch ist die rechts vor links Regelung aufgehoben und die Busse können durchfahren. Auch ist dadurch die Querung schwierig. Es gibt einen Termin dazu bei den Stadtwerken, da das Stadtplanungsamt uns mitteilte die Stadtwerke wollen diese Planung so, um möglichst schnell mit den Bussen durch das Viertel fahren zu können. Jedoch ist diese Lösung schlecht für behinderte Menschen. Frau Birk: „ Das Gebiet ist in mehrstufigem Verfahren von der Verwaltung begangen worden. Es ist in Steigungen eingeteilt. Eigentlich sollte daher ein Share Space Bereich eingerichtet werden.“ • Wir haben bei unserer Bürgermeisterin wegen den Kriterien der Vergabe von Kindergartenplätzen nachgefragt. Es gibt offensichtlich für die Vergabe von Kita- Plätzen keine einheitlichen Kriterien. Es ist von Betreiber zu Betreiber unterschiedlich. Viele Betreiber bevorzugen die eigenen Mitarbeiter oder arbeitende Eltern haben oberste Priorität. Besondere Lebensbedingungen sind kein gesonderter Punkt. Die Vergabe ist sehr intransparent und nicht immer nachvollziehbar. Behinderte Eltern haben oft Schwierigkeiten einen Platz zu bekommen. 		

Das Kita Gesetz gesteht den Trägern viele Rechte zu um zu entscheiden.

Eine Lösung wäre den Sozialausschuss mit ins Boot zu holen.

Wir sollten versuchen zu erfahren wie andere Städte mit dieser Situation umgehen.

Es wäre gut einen Dialog mit den freien Trägern zu führen, da es keine zwingenden Punkte gibt.

- Unsere Wahllokale werden für die nächste Wahl barrierefrei.
- Die TTM schafft Rampen an, welche dann für die noch nicht barrierefreien Wahlräume genutzt werden können.
- Die Special Olympics kommen näher und wir sind mit der Planung schon weit fortgeschritten.
Es wird eine tolle Veranstaltung und wir hoffen, dass möglichst viele Menschen kommen.
- Gerd Dahm hatte ein Gespräch mit dem Tiefbauamt wegen der Standards zum barrierefreien Trier
Wir warten noch auf die versprochenen Kriterien.
- Die Simeon Straße bekommt bei den neuen Pflasterarbeiten eine fast neigungsfreie Mittelspur.
Sie ist zwar nicht ganz so breit wie in den DIN Normen vorgesehen, aber gut berollbar.
- Wegen des Kasino und die nachträglich eingebauten Barrieren hatte Herr Dahm ein Gespräch mit der Triwo.
Dort wusste man nichts von einer Baugenehmigung und dem Umbau. Die Stufen wurden klar gegen die Bauordnung eingebaut. Wir bleiben weiter dran.